



FOTOS: RENATE STIEBITZ, RAINER BOBSIN (2)
GESTALTUNG: FREESTYLE GRAFIK, HANNOVER • DRUCK: UNDRUCK, HANNOVER

JETZT REICHT'S!

Aufruf zur Demonstration gegen die Kahlschlagpolitik der Landesregierung

**am Mittwoch, den 15. September 2004,
von 15 bis 17 Uhr in Hannover**

Arbeiter, Angestellte und Beamte gehen gegen die unsoziale Politik der Landesregierung auf die Straße. Wir wollen unseren Unmut gegenüber den verantwortlichen Politikern von CDU/FDP zum Ausdruck bringen.

Wir protestieren während der ersten Landtags-sitzung nach der Sommerpause gegen

- den Stellenabbau von über 7.000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst
- die Androhung betriebsbedingter Kündigungen
- den Wegfall des Weihnachtsgeldes
- die Streichung von Urlaubsgeld und Zuschlägen
- die Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden
- die Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich

Sternmarsch ab 15 Uhr, Treffpunkte

- Klagesmarkt
- Georgsplatz
- Landeskirchenamt Rote Reihe

Kundgebung ab 16 Uhr

am Niedersächsischen Landtag
(Karmarschstraße/Ecke Leinstraße)



V.i.S.d.P.
Wolfgang Denia, ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen, Goseriede 10, 30159 Hannover
Bernhard Witthaut, GdP-Landesbezirk Niedersachsen, Berckhusenstr. 133 a, 30625 Hannover
Eberhard Brandt, GEW-Landesverband Niedersachsen, Berliner Allee 16, 30175 Hannover

Das Ende der Fahnenstange ist erreicht!

Wer das Landesblindengeld kürzt, die Sprachförderung in den Kitas sowie die Lernmittelfreiheit streicht, wer die Schülerhilfe abschafft und Studiengebühren einführen will, der muss sich fragen lassen, ob er sozial verantwortlich handelt.



Täglich halten Polizisten ihren Kopf hin, retten Feuerwehrleute Leben, helfen Krankenschwestern Patienten, stehen Lehrer und Erzieherinnen im Dienste unserer Kinder. Sie alle sollen nun für die verfehlte Finanzpolitik der Politiker büßen.

Die Kürzungspolitik des Landes ist kurzsichtig und falsch, denn

- Arbeitszeitverlängerung schafft keine Arbeitsplätze sondern vernichtet sie,
- Lohnsenkung schwächt die Binnennachfrage und verschärft damit die Wirtschaftskrise,
- der Stellenabbau führt zu weniger Einnahmen bei der Sozialversicherung,
- die Verschlechterung der Pflege und Betreuung alter, kranker und junger Menschen ist inhuman,
- unsoziale Kürzungsmaßnahmen gehen zu Lasten der Familien und der Schwächsten in der Gesellschaft.

Wir fordern von der Politik

- Schaffung von Ausbildungsplätzen und Perspektiven für Auszubildende
- Erhalt des Kündigungsschutzes
- keine weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst
- Rücknahme der Streichung beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld
- Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung
- Reform des Tarifrechts im öffentlichen Dienst
- Verbesserung der Haushaltseinnahmen, z.B. durch Vermögens- und Erbschaftssteuer
- Investitionen in unsere Zukunft, vor allem im Bildungs- und Sozialbereich.

Kommt zur Demonstration und Kundgebung am 15. September!

Erkundigt euch über die Busanreise zur Demo bei den ver.di-Verantwortlichen vor Ort:



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

- Bezirk Braunschweig: Hermann Hane/
Rainer Gerdau, 0531-244080
- Bezirk Elbe-Weser (CUX): Eckhard Heidtke,
04721-66330
- Bezirk Ostfriesland (WHV): Jürgen Harms,
04421-14480
- Bezirk Osnabrück-Emsland: Michael Peters,
05931-848440
- Bezirk Leine-Weser (HM): Sabine Prenzlów,
05151-403690
- Bezirk Lüneburger Heide: Günter Reuß,
05141-92670
- Bezirk Mittelweser (VER): Holger Aebker,
04231-80070
- Bezirk Oldenburg: Jürgen Meerbothe,
0441-969760
- Bezirk Süd-Niedersachsen (GÖ): Horst Roth,
0551-548500
- Bezirk Süd-Ost-Niedersachsen (GS):
Thomas Starmann, 05321-22845